



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1855

17.01.1855 - Sitzung Nr.2

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

No 2.

# Verhandlungen der Bürgerschaft.

[Sitzung vom 17. Januar 1855.]

## Tagesordnung:

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mittheilung des Senats vom 8. Decbr. 1854. sub Nr. 1.</li> <li>2. Mittheilung des Senats vom 29. Decbr. 1854. sub Nr. 1.</li> <li>3. Mittheilung des Senats vom 5. Januar 1855.</li> <li>4. Mittheilung des Senats vom 8. Januar 1855.</li> <li>5. Mittheilung des Senats vom 12. Januar 1855.</li> <li>6. Ergänzung:             <ol style="list-style-type: none"> <li>a) der Deputation für die Häfen und Hasenanstalten.</li> <li>b) der Deputation wegen des Zuchthauses und der Gefängnisse.</li> </ol> </li> </ol> | <ol style="list-style-type: none"> <li>c) der Deputation wegen der Accise und Consumtion.</li> <li>d) der Finanzdeputation.</li> <li>e) der Deputation wegen des Tilgungsfonds.</li> <li>f) der Deputation wegen der Convoje und Schlachte.</li> <li>g) der Deputation wegen Revision der Criminalgerichtsordnung und Entwerfung eines Criminalgesetzbuchs.</li> <li>h) der Deputation wegen Revision der Gerichtsordnung.</li> <li>i) der Deputation wegen der städtischen Löschanstalten.</li> </ol> |
|---|--|

Eröffnung der Sitzung: 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls zeigte

Herr Präsident an, daß Herr Weymann, gewählt von der 6. Classe, die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt habe, sowie daß die Herren Louis Delius, gewählt von der 2. Classe bis Ende 1860, und Gerhard Pape, gewählt von der 3. Classe bis Ende 1857, ihren Austritt aus der Bürgerschaft angezeigt haben. Nach Feststellung der Tagesordnung sei ihm noch eine Mittheilung des Senats vom 15. Januar, betreffend Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Neugranada und mit Nicaragua, zugegangen. Sodann habe Herr Johannes Rösing ihm Folgendes eingereicht: „Der Unterzeichnete bittet den Präsidenten, folgenden dringlichen Antrag der Bürgerschaft vorzulegen:

Die Bürgerschaft ersucht die Deputation wegen Abwendung von Wassergefahren, aufs Neue mit Sachverständigen die Mittel zu berathen, Bremen vor Ueberschwemmung sicher zu stellen und darüber baldigst Bericht zu ertheilen.  
Johannes Rösing.“

Endlich habe derselbe Herr vor Eröffnung der Sitzung Folgendes eingereicht: „Ich bitte den Präsidenten, mir eine  
1855.

Interpellation in Betreff der Redefreiheit zu erlauben. — Johannes Rösing.“ In Beziehung auf diese Interpellation komme §. 39 der Geschäftsordnung zur Anwendung.

Herr Johannes Rösing: Als er in der letzten Sitzung das Wort genommen hatte, folgte ihm als Redner Herr J. F. Philippi. Er, der Redner, müsse nun aufrichtig gestehen, daß er in dem Augenblick die Worte des Herrn nicht verstanden habe, auch seine Nachbarn, die er darum befragte, hatten Herrn Philippi nicht verstanden. Späterhin, namentlich durch den Druck, habe er gesehen, was der Herr gesprochen habe. Er der Redner, könne die Bemerkung des Herrn Philippi, worin derselbe nach §. 49 der Geschäftsordnung von der Sache abgegangen sei, nur als persönliche Beleidigung gegen ihn betrachten, und halte es für seine Pflicht, den Herrn Präsidenten — vielleicht habe Herr Präsident damals den Herrn Philippi auch nicht verstanden, — zu fragen, ob diese Bemerkung als persönliche Beleidigung zu betrachten oder vielmehr zu billigen sei? Redefreiheit sei sicher das Palladium der bürgerlichen Freiheit, allein wohin führe sie, wenn sie so gehandhabt werde. Er mache auf die Folgen aufmerksam. Die schönen Worte, womit der Herr Präsident in der ersten Sitzung die Bürgerschaft bewillkommnete, hätten auf jeden Vertreter Eindruck

machen sollen, auf Herrn Philippi scheinen sie keinen Eindruck gemacht zu haben. Er gebe allseitig die Versicherung, daß Lust und Liebe zur Arbeit, der Wunsch, seine Kräfte, wenn sie auch noch so gering anzuschlagen seien, dem allgemeinen Besten zu widmen, daß dieß allein ihn veranlaßt habe, die Wahl anzunehmen. Er habe nicht die Schwierigkeiten verkannt, welche namentlich jetzt damit verbunden seien, allein er fürchte nicht, ihnen entgegenzutreten, müsse aber um Schutz bitten gegen Beleidigungen, indem er hoffe, daß der Präsident ihm diesen gewähren und daß Niemand es ihm verdenken werde, so gesprochen zu haben.

Herr Präsident: Es finde nach der Geschäftsordnung keine Discussion mehr statt. Er bemerke nur noch seinerseits, daß, wenn er in der Bemerkung des Herrn Philippi eine persönliche Beleidigung erblickt hätte, er seiner Pflicht gemäß Herrn Philippi würde zur Ordnung gerufen haben. Es komme nunmehr der von Herrn Rösing gestellte dringliche

**Antrag wegen Abwendung der Hochwassersgefahren zur Berathung.**

Herr Präsident verlas die sich auf die Dringlichkeits-erklärung von Anträgen beziehenden Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Die Dringlichkeit des Antrags wurde abgelehnt.

Nr. 1 der Tagesordnung:

**Mittheilung des Senats vom 8. December 1854.**

**a. Anlegeplätze für die Oberweserdampfschiffe.**

Herr Präsident bemerkte, daß durch Herrn Johann Geerken dem Bürgeramt zur Kenntnißnahme für die Bürgerschaft und Mitberathung bei diesem Gegenstand eine Vorstellung von mehreren Anwohnern der östlichen Altstadt übergeben worden sei.

Diese Eingabe wurde, wie folgt, verlesen:

Die traurigen Uebelstände, welche das Hochwasser für den niedrig gelegenen Theil unserer Stadt mit sich bringt, sind seit dem Bestehen der Stadt einem großen Theile ihrer Bewohner in immer gleicher Weise fühlbar geworden. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit haben diese Uebelstände auf's Neue in unheilvollster Gestalt vor Augen geführt; sie haben zugleich die zunächst unter denselben Leidenden auf's Neue veranlaßt, auf Mittel zu ihrer möglichst wirksamen Abwehr zu denken; denn die bisherigen Mittel haben sich auch jetzt wieder als vollständig unzureichend erwiesen.

In Folge dessen haben sich die unten verzeichneten Bewohner der östlichen Altstadt zu dem im Nachstehenden dargelegten Vorschlage geeinigt, welchen dieselben in einer Eingabe dem Senate übergeben, den sie sich jedoch schon jetzt veranlaßt sehen dem Bürgeramte mitzutheilen, und zwar, weil dem Bürgeramt und der vielleicht in den nächsten Tagen zusammen-

tretenden Bürgerschaft ein Antrag der Handelskammer und ein in Folge desselben eingezogener Bericht der Convoyedeputation zur Berathung vorliegt, in welchem behufs Beschaffung geeigneter Anlegeplätze für die Oberweserdampfschiffe die Anlegung eines Deiches am oberen Theile der Altstadt vorgeschlagen wird, der von den Unterzeichneten vorzulegende Plan aber Vorkehrungen zum Gegenstande hat, welche diese Vorschläge möglicher Weise in mehrfacher Beziehung modificiren könnten, — obwohl eine Vereinigung beider sehr wohl zulässig ist.

Die Abwehr des Hochwassers in der östlichen Altstadt hat sich bisher insbesondere aus dem doppelten Grunde als unwirksam erwiesen, weil einestheils der Andrang des Wassers über den freien Raum der Holzpforte zu gewaltsam ist, als daß er durch Bretterdeiche wirksam zurückgehalten werden könnte, anderentheils aber die zu schützende Strecke vom Altenwalle bis zur Wachtstraße zu ausgedehnt ist, um so rasch und nachhaltig wie erforderlich ist, ausreichende Schutzwehren aufzuführen.

Beiden Uebelständen würde abgeholfen werden, wenn eine Aufhöhung des Ufers in einer größeren Strecke vom Altenwalle abwärts zu beschaffen wäre. Es ist dazu gegenwärtig eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit dadurch geboten, daß die Eigenthümer der acht zunächst der Holzpforte nach der Weser zu liegenden Häuser der Tiefen, Nummer 59 — 51, bis zu dem dem Staate gehörigen freien Plage beim Balgecanal zur Veräußerung ihrer Häuser bereit sind. Eines derselben, Nummer 55 der Tiefen, befindet sich bereits seit zwei Jahren in Folge eines Brandes in Ruinen und wird wahrscheinlich demnächst öffentlich an der Kerze verkauft werden. Die Eigenthümer der übrigen Häuser haben sich in einer förmlichen, zu ihrer bindenden Kraft nur noch der Acceptation von Seiten des Staates bedürfenden Erklärung anheischig gemacht, ihre Häuser zu bestimmten Preisen, deren Gesamtsumme sich auf ca. 25,000  $\mathcal{R}$  beläuft, dem Staate zu verkaufen. Würden diese Häuser angekauft und niedergedrückt, so würde die Möglichkeit vorhanden sein, eine angemessene Erhöhung des Ufers in einer verhältnismäßig bedeutenden Länge vorzunehmen, wodurch bei andrängendem Hochwasser nur noch eine geringe Strecke, — durch die Tiefen bis zur Wachtstraße, — für Herstellung eines gehörigen Bretterdeiches übrig bliebe. Wenn dann überdies durch Anlegung einer zweckmäßigen Dampfpumpe beim Balgecanal für Fortschaffung des städtischen Wassers Sorge getragen würde, wäre solchergestalt die sichere Aussicht gewährt, den ganzen Stadttheil zwischen der Wachtstraße und dem Walle vor jedem Hochwasser zu schützen, zumal wenn, was ohnehin über kurz oder lang geschehen muß, die Wachtstraße in angemessener Weise erhöht würde. Die noch übrig bleibende Häuserreihe an der Südseite der Tiefen würde dann der einzige noch ungeschützte Theil bleiben; doch für diese wird nie ein ausreichender Schutz gewährt werden können.

Durch diese Erhöhung und Verlängerung der Holzpforte bis zu der bezeichneten Stelle würde zugleich ein ausreichender Anlegeplatz für die Oberweserdampfschiffe gewonnen, der überdies den großen Vortheil gewähren würde, daß er im inneren Theile der Altstadt belegen ist, und zwar an einer Stelle, wo mehre Straßen, vor allein der breite Stabendamm, den Verkehr mit der oberen Altstadt in vortheilhaftester Weise vermitteln.

Der Vorschlag der Unterzeichneten geht daher dahin,

- 1) daß der Staat die obenbezeichneten Häuser der Tiefen bis zum Balgecanal ankaufe;
- 2) daß diese Häuserreihe niedrigerissen und die Holzpforte bis zum Balgecanal verlängert werde;
- 3) daß eine angemessene, vor jedem Hochwasser schützende Erhöhung der Holzpforte, einschließlich dieser neu gewonnenen Strecke, hergestellt und
- 4) beim Balgecanal eine zweckmäßige Dampfpumpe zur nöthigenfalls erforderlichen Auspumpung des städtischen Wassers angelegt werde.

Wenn auch der Ankauf der in Frage stehenden Häuser eine für den Augenblick nicht unbedeutende Summe erfordern würde, so ist auf der anderen Seite in Anschlag zu bringen, daß durch jene Anlage Folgendes erzielt wird:

1) Die Gefahren des Hochwassers für einen dichtbevölkerten Theil der Altstadt werden aller Wahrscheinlichkeit nach vollständig abgewandt. Es wird dadurch nicht allein dem Schaden, den das Wasser den bedrohten Gebäuden zufügt, vorgebeugt, sondern es wird auch

2) die Gefahr, welche etwa stattfindende Brände zur Zeit des Hochwassers für diesen Theil der Altstadt nothwendig mit sich bringen, abgewandt.

3) Es wird der Werth aller in diesem Theile der Stadt belegenen Grundstücke gehoben, und so nicht allein den einzelnen Bewohnern, sondern auch der Staatskasse ein dauernder, nicht gering anzuschlagender Vortheil gewährt.

4) Für die Oberweserdampfschiffe wird ein Anlegeplatz gewonnen, von einer Vortheilhaftigkeit der Lage, wie sie sich nirgends anders findet,

5) Es wird ein hinlänglicher Raum zur Anlegung mindestens zweier Wuppen gewonnen, deren Erträge einen bedeutenden Gewinn in die Staatskasse liefern würden.

6) Die oberländischen Rähne finden einen Anlegeplatz in der oberen Stadt und brauchen nicht mehr die Schlachte zu benutzen, wo sie für den Verkehr der Unterweserschiffahrt von jeher hinderlich gewesen.

Die Unterzeichneten halten sich überzeugt, daß diese großen Vortheile, welche durch Ausführung ihres Vorschlages erzielt werden würden, den gesetzgebenden Behörden einleuchten werden. Durch Einziehung eines

begutachtenden Berichtes von sachverständiger Seite wird die Ausführbarkeit und Vortheilhaftigkeit desselben näher beleuchtet werden können.

Das Ansuchen der Unterzeichneten geht daher dahin das Bürgeramt wolle die obigen Vorschläge einer Prüfung unterziehen, demnächst aber die Bürgerschaft veranlassen, dieselben in ihren Verathungen über die Mittheilung des Senates vom 8. December v. J. betr. die Anlegeplätze der Oberweserdampfschiffe mit in Erwägung zu ziehen und zu ihrer Ausführung durch die erforderlichen Schritte die Hand zu bieten.

(Folgen 102 Unterschriften.)

Herr C. Lewes, als Mitglied der Deputation, empfiehlt deren Antrag zur Annahme. Was das in der Vorstellung angeregte Projekt angehe, so halte er dieses für ganz zweckmäßig im Interesse der Abwendung des Hochwassers für diesen Stadttheil, indessen nicht zweckmäßig zur Verbesserung des Anlegeplatzes für die Dampfschiffe. Denn der schon von der Handelskammer hervorgehobene Uebelstand, daß die gewöhnlich spät Abends ankommenden Dampfschiffe nicht mehr zwischen den Eisbrechern passiren können, namentlich wenn sie viele Passagiere führen, werde nicht gehoben, sondern trete erst recht hervor. Ferner diene die Strecke, worauf sich das Projekt beziehe, zum Anlegeplatz für die Oberweserschiffe, wenn sie mit Getreide beladen herunterkommen; von diesen Schiffen liegen, bei lebendigem Handel, dort wohl 2—3 Reihen. Wenn sie mit Gütern beladen abgehen, halten sie sich auch theils da, theils gegenüber auf. Da sich sonst wenig geeigneter Raum zum Ein- und Ausladen finde, dürfe dieser wohl nicht beschränkt werden; das geschähe, wenn man ihn zum Anlegeplatz von 3 verschiedenen Dampfschiffen hergebe. Deswegen bevorzuge er die Annahme des Deputationsantrags. Auf der anderen Seite werde vielleicht der in der Vorstellung angeregte Plan, an die Deputation verwiesen, sich zweckmäßig herausstellen und zur Ausführung kommen.

Herr Eng. Kluglitz. Wenn die jetzige Eingabe von Bewohnern der östlichen Altstadt nicht gekommen wäre, so würde, — das bezweifeln wohl Wenige, — der Deputationsantrag angenommen worden sein, indem ein dringendes Bedürfnis in dieser Beziehung vorliege. Die jetzige Vorstellung aber berühre nicht bloß einen Gegenstand, welcher die Bewohner dieses Stadttheils betreffe, in sofern es der Wunsch sei, den letzteren gegen Hochwasser zu schützen, sondern einen andern, welcher den ganzen Handelsstand und die übrigen Bewohner der Stadt interessire. In der Ausführung nämlich des in der Vorstellung angeregten Projektes liege eine Erhöhung und Erweiterung der Schlachte. Der durch den vorgeschlagenen Ankauf gewonnene Theil würde für Schlachtezwecke nutzbar und damit dem Handel Vor Schub geleistet werden. Außerdem interessire es alle Bewohner der Stadt, daß die Straßen, durch welche sie passiren, gegen Hochwasser geschützt werden. Es möchte so erscheinen, als wenn die Ausführung des ersten Plans beanstandet werden müßte, weil der zweite angeregt sei. Die Pläne können aber neben einander bestehen und bei der Abstimmung könnte so ein Resultat sich ergeben, welches den verschiedenen Zwecken nicht entspreche. Die Vorstellung nun berühre nicht allein allgemeine Zweck-

mäßigkeitsfragen, welche die Bürgerschaft wohl zu beurtheilen im Stande sei, sondern auch technische, welche nicht einmal die Deputationsmitglieder beurtheilen können. Deshalb glaube er, daß die Bürgerschaft ohne einen unter Beirath von Technikern erlassenen Bericht über jene Vorstellung nicht urtheilen könne. Wenn er aber daran denke, daß die beiden Projekte abgesondert zur Ausführung kommen könnten, so würde doch noch eine Lücke entstehen in Beziehung auf eine Strecke, für welche man früher schon die Mittel zu Uferbauten bewilligt habe, nämlich zwischen dem Krahn an der Holzpforte und dem Eisberge. Hier liege nur der Vorschlag einer Verlängerung des Eisberges als Deich vor. Es würde also Stückwerk sein und man liefe Gefahr, daß nach längerer Zeit Arbeiten hergestellt seien, welche nicht mit einander in Harmonie stehen. Er halte es für das Beste, da das in der Vorstellung angelegte Projekt ernste Berücksichtigung verdiene, beide Projekte von einer Deputation noch einmal prüfen zu lassen, um zu sehen, in wiefern ein Gesamtplan gewonnen werden könne, nach welchem man die ganze Uferstrecke von den Häusern auf der Tieser an bis zum Pünkendeich behandeln könnte. Dabei bemerke er jedoch, daß es nicht seine Absicht sei, diese Arbeiten schon jetzt sämmtlich hergestellt zu sehen, vielleicht kommen sie erst nach 20, 30 Jahren zur Ausführung, nur dieses Glückwerk, woran man in Bremen so sehr laborire, weil Niemand zu rechter Zeit in die Zukunft sah, wolle er vermeiden und einen das Ganze umfassenden Plan aufgestellt wissen. Die Bürgerschaft werde dann zu sehen haben, ob sie ihn genehmigen könne, und es werde vorerst nur das dringend Nöthige zur Ausführung gebracht werden. Er stelle folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft hat den von mehreren Anlagen und einem Risse begleiteten Bericht der Deputation für die Strom- und Uferbauten, Schlachte u. s. w., einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und theilt die darin ausgesprochene Ansicht, daß dem mit Ausdehnung der Dampfschiffahrt auf der Oberweser wachsenden Bedürfnisse nach geeigneten Anlegeplätzen in entsprechender Weise abgeholfen werden müsse. Zugleich ist der Bürgerschaft Mittheilung von einer Vorstellung gemacht worden, welche von mehreren Bewohnern der östlichen Altstadt dem Senat wegen Ankaufs einer Häuserreihe an der Tieser, Erhöhung des Terrains zum Schutze jenes Stadttheils gegen Hochwasser und Ausdehnung der Schlachte an der Holzpforte nach dem angekauften Areal, eingereicht worden ist, und die Bürgerschaft sieht sich bei der Wichtigkeit dieses Gegenstandes und wegen mancher sich berührender Fragen beider Projekte veranlaßt, ihre Beschlüsse über die speziellen Vorschläge der berichtenden Deputation für heute noch auszusprechen und vielmehr die Deputation um Prüfung und Berichterstattung auch über die in der Vorstellung empfohlenen Uferbauten u. s. w. zu ersuchen.

Falls einer Ausführung derselben keine Bedenken entgegenstehen sollten, dürfte es zweckmäßig sein, einen vollständigen Plan für die künftigen Uferbauten auf der ganzen Strecke von der Tieser bis nach dem Pünkendeich zu entwerfen, um nach dieser Prüfung zu beschließen, welche Theile desselben für jetzt in An-

griff zu nehmen und welche der Zukunft zu überweisen seien.

Herr Johannes Kösing: Es müsse etwas geschehen, um den gerechten Forderungen der Inhaber der oberländischen Dampfböte zu willfahren, und es sei nicht zu verwundern, daß die Regierungen darauf dringen. Den Antrag des Herrn Klugfist unterstütze er, möchte aber den Bewohnern der Tieser ans Herz legen, daß sie, um die Sache zu fördern, der Deputation aufgeben möchten, welche Opfer sie ihrerseits zu bringen gedenken. Anscheinend werden in jener Gegend sehr viele Häuser durch das Unternehmen gewinnen. Sollte der Staat die Kosten allein tragen, während die Häuser den doppelten Werth bekommen, wenn sie an der Sonnenseite liegen und die Weser vor Augen haben? Davon sei in der Eingabe nicht die Rede. Herr Klugfist habe die Deputation, welcher der vorgeschlagene Auftrag gegeben werden soll, nicht namhaft gemacht. Wahrscheinlich sei es die berichtende; da möchte er empfehlen, daß die Deputation wegen Abwendung der Wassersgefahren mit zur Berathung gezogen würde, denn es berühre dieser Plan die allgemeine Gefahr, welche Bremen immer näher rücke. Denn daß die Wassermasse größer werde, lehre die Geschichte der Weser: ein Deich von 18 F. genüge nicht, das sei nicht zu bezweifeln, man sehe die Geschichte der Weseruferstaaten nach, das Wasser könne eine Höhe von 21, 22 Fuß erreichen, dann wäre dieß Glückwerk. Der Schutz wäre unzulänglich und große Kosten unnütz aufgewendet. Er möchte wünschen, daß, um den oberländischen Dampfsbootinhabern um so mehr Genüge zu leisten, vorläufig und versuchsweise der Platz am Werder der Holzpforte gegenüber angewiesen würde. Die dagegen eingewandten Bedenken lassen sich leicht beseitigen, man zeige damit den guten Willen.

Herr H. H. Meier: Er habe schon in der letzten Sitzung den Antrag der Deputation unterstützt und angedeutet, daß er in der Deputation mit der Minderheit gegen die Anlage gewesen sei, und zwar aus dem Grunde, weil er fürchtete, die Wallanlagen würden sich in dieser Gegend in eine Schlachte verwandeln und mit der Zeit sich daselbst ein großer Verkehr festsetzen, den er und die andern zur Minderheit gehörenden Mitglieder nicht auf den Wallanlagen haben wollten. Die Folge dieser Opposition war, daß andere Projekte vorgeschlagen und untersucht wurden, zuerst das im Werder, wo bei geringeren Kosten, diese Befürchtung wegfiel. Ein anderer, von ihm, dem Redner, gemachter Vorschlag war, diese neun in der Vorstellung angebotenen Häuser zu kaufen und dort einen Anlegeplatz zu schaffen. Ferner habe er der Deputation mitgetheilt, daß er im vorigen Sommer mit einem andern Herrn eines der Häuser, als es zu einem billigen Preise angeboten wurde, gekauft habe, unter der Bedingung, daß es zum Kostenpreise dem Staat, falls er diese Häuser wegräumen wolle, überlassen werden solle. Auch dieser Vorschlag wurde geprüft und aus zwei Hauptgründen als unzulänglich für den Zweck bezeichnet. Einestheils nämlich können die Dampfschiffe im Dunkeln nicht durch die Eisböcke ohne große Gefahr für die Passagiere fahren, zweitens wurde vorgestellt, daß der Platz für die Dampfschiffe unzureichend sei, indem er eine Länge von nur 190 F. ca. habe, während z. B. der „Prinz Adalbert“ eine Länge von 150 F. habe, es würde also nur für eine von

den drei Gesellschaften Platz sei. Ferner wurde bemerkt, daß eine große Reihe von Böcken dort liegen, welche durch die Hahnen- und Meierspforte löschen, daß also für diese ein anderer Platz geschafft werden müßte. Darnach habe er, wenn auch ungern, sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß der Deputationsvorschlag das einzige Mittel sei, um genügende Anlegeplätze zu schaffen. Es kam noch ein anderer Plan, der vor 2 Jahren in der Convoyedeputation vorlag, dahin gehend: vom Eisberg bis ungefähr nach Prange's Hause eine Mauer zu ziehen und so ein großes Terrain für das dort sich herausstellende Bedürfnis zu gewinnen, was 24000  $\mathcal{R}$  kosten sollte. Davon wurde wegen der zu großen Kosten abgestanden. Nun komme der Antrag des Herrn Klugkist. Ihm, dem Redner, scheinen aber die beiden Gegenstände nicht zusammen zu gehören, der eine solle einen Anlegeplatz für die verschiedenen Dampfschiffe schaffen, der andere betreffe eine Erhöhung, um die östliche Altstadt gegen Hochwasser zu schützen. Ferner sei hervorgehoben, daß Wuppen und Löschungsplätze gewonnen würden. In dieser Rücksicht würde er gern das Project bevorzugen, er glaube sogar daß die Deputation demnächst berichten würde, daß dieß sehr zu empfehlen sei, nur müßten Senat und Bürgerschaft erwägen, ob sie die bedeutenden Kosten bewilligen wollen und dem Nutzen angemessen finden. Denn die in der Vorstellung angegebenen Kosten seien lange nicht ausreichend. Erstens sei hier der Preis der Häuser mit 25000  $\mathcal{R}$  veranschlagt. Diese Häuser haben einen Grund vielleicht von 10000  $\square$  Fuß, das wäre also  $2\frac{1}{2}$   $\mathcal{R}$  pr.  $\square$  F., ein ganz enormer Preis in der Lage der Stadt, denn die Häuser seien nichts werth. Das sei aber nicht genug, die Ufermauern, besonders wenn eine Erhöhung stattfinden solle, müssen neu sein. Sie seien jetzt zum Theil in einem mangelhaften Zustande. Nehme man an, daß sie da, wo die Häuser jetzt stehen, hergestellt werden sollen, auf einer Strecke von 190 Fuß, das wären, zu 50  $\mathcal{R}$  pr. laufender Fuß, ungefähr noch 10,000  $\mathcal{R}$ . Man müsse ferner die Mauer von der Brücke bis dahin, ungefähr 400 Fuß, auch höchst wahrscheinlich neu bauen, denn verschiedentlich habe man gesehen, daß, sobald das Erdreich hinter einer solchen Mauer bebaut werde, der Druck der Erde so stark sei, daß die Mauer nachgebe. Füge man weiter hinzu, was die Erdarbeiten und die Dampfmaschine kosten, so werde eine solche Summe herauskommen, daß vielleicht Rath und Bürgerschaft ihre Zustimmung nicht dazu geben. Er seinerseits würde freilich der Sache immer das Wort reden, selbst wenn auch die Kosten sich auf 50—60,000  $\mathcal{R}$  belaufen sollten. Dringend möchte er aber bitten, diesen andern ganz unabhängigen Gegenstand nicht damit zu verbinden, auch den Freunden des in der Vorstellung angeregten Project's, zu denen auch er sich zähle, rathe, den Deputationsantrag lieber zu bewilligen und das Andere der Deputation dringend zur Berichterstattung zu empfehlen. Er glaube, die Sache sei besser gefördert. Wollen die Herren das nicht, so müsse es sich zeigen, dann wolle er darauf aufmerksam machen, daß, wenn es sich nur um Sicherstellung eines Stadttheils handelte und dafür eine so bedeutende Summe verausgabt würde, mit Recht die Bewohner anderer Stadttheile, welche auch unter Wasser kommen, und die sich zum Theil aus eigenen Mitteln und nicht auf Staatskosten geschützt haben, sich beschweren könnten. Daß die Ausführung des Antrags der Deputation sehr wesentlich auf die Regelmäßigkeit des Strombettes wirken würde,

ergebe der technische Bericht. Man hätte weit weniger Eisstopfungen zu befürchten, es würde ein besserer Abfluß sein und so gleichfalls zum Schutz der östlichen Altstadt beigetragen werden. Schon das vorige Mal sei erwähnt, daß man den Deich nur 18 Fuß legen wolle, während man doch höheren Wasserstand hätte. Die Mauer des Wall's solle aber so bleiben, der Deich einfach aufgeführt und ein Canal angelegt werden, wodurch dann der niedrige Raum, welcher zwischen dem Deich und der jetzigen Wallmauer sein würde, voll Wasser laufe, so daß genügender Druck auf der andern Seite dagegen sein würde, ließe er über, so würde kein Deichbruch entstehen und die Stadt bliebe nach wie vor durch die Mauer geschützt. Er beantrage:

den Deputationsantrag anzunehmen und die Eingabe zu schleunigster Berichterstattung an die Deputation zu verweisen.

Herr A. S. Haas: Wenn zwei Uebel vorhanden seien, so müsse man doch unstreitig das größte zuerst angreifen. Dieses sei hier das Hochwasser. Denn wie mancher Kaufmann hat sich schon ruhig zu Bett gelegt, und wenn er am andern Morgen aufstand, habe er seine Waare im Wasser liegen sehen. Ihm selbst sei das Unglück widerfahren, daß, als man am Abend noch 10 Fuß hatte, am andern Morgen sein Zucker schon fußhoch in Wasser lag. Seit der Zeit sei er stets bemüht gewesen, für den Schutz gegen Hochwasser zu wirken. In dieser Weise habe er die Leute bewogen, sie möchten dem Staat ihre Häuser zu einem werthseienden Preise offeriren. Er könne nicht anders als für diesen Plan sein, daß derselbe zuerst in die Hand genommen werde; dann werde auch sicher gegen das Andere Niemand sein. Herr S. H. Meier sage: andere Stadttheile hätten dasselbe Recht. Er seinerseits werde so lange er könne mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür streben, daß Martini und Schlachte und jenseits des Werders die Straße zwischen den Brücken, daß überhaupt alle Theile, welche vom Wasser leiden, davor geschützt werden, indem die kaufmännischen und Gesundheitsrückichten ins Auge gefaßt werden müssen. Er stelle den Antrag:

In Erwägung dieses unter Nr. 1 auf der Tagesordnung stehenden Antrags möge die Bürgerschaft, bevor sie dieß beschliesse, die Supplik von den 102 unterschriebenen Bürgern berücksichtigen und erst darüber einen Beschluß fassen.

Dieser Antrag wurde nicht hinreichend unterstützt.

Herr Joh. Geerken unterstützte den Antrag des Herrn Klugkist.

Herr Rabba: Er könne den Deputationsantrag nicht bevorzugen: ihm wolle die Dringlichkeit der vorgeschlagenen Arbeiten nicht recht einleuchten. Man halte dagegen den Anlegeplatz für die Unterweser Dampfschiffe: bekanntlich seien an der Kreuzstraße vier verschiedene Gesellschaften an einem Anlieger vertreten. Die Oberweserdampfschiffe haben den Eisberg, welcher viel bequemer sei im Ab- und Zugehen. Jetzt solle ein Deich hergestellt werden um einen zweiten Anlegeplatz für, man könne wohl sagen, den kleinen Roland, zu schaffen. Denn der Adler sei, so viel er wisse, ein Bugfir-

boot, welches auf den Strom anlegen könne. Daß die Mindener Regierung ein Gesuch gestellt habe, sei nicht zu bezweifeln, daß es aber so dringlich sei, glaube er nicht. Er, seinerseits habe beabsichtigt, die Verweisung dieses Gegenstandes an eine Commission zu beantragen. Jetzt unterstütze er den Antrag des Herrn Klugkist und füge nur noch Folgendes hinzu: Wenn man einen Deich dahin bauen wolle, der einen Ab- und Zugang für die Dampfschiffe bilde, so werde am Ende wohl der Eisberg bleiben. Wolle man höher hinauf eine Straße machen, so werde es nicht lange dauern und der bequeme Weg nach der Kunsthalle wäre eine Fahrstraße. Er glaube nicht, das Bremen so mittellos sei, um nicht die kleine Mauer unterhalten zu können. Auch die beiden Eisböcke können wohl noch stehen bleiben. Der eine scheine überflüssig durch den Eisberg. Jemehr man das Weserbett verenge, destomehr habe man Hochwasser. Man müsse ausbaggern, das werde helfen. Daß der Deich vortheilhaft, leuchte ihm nicht ein. Oft treten Eisstopfungen ein. Vor einigen Jahren blieb das Eis oberhalb stehen, das andere Eis schob sich dagegen. So schob es sich erst auf die Holzspalte, was entweder den Deich zerrissen hätte, oder es wäre erst in voller Behemung angekommen, während so vorher der Andrang des Eises sich brach.

Herr Diedr. Müller: Er halte es auch nicht für nothwendig, daß vier Gesellschaften vier Anlegeplätze haben. Das wäre ein gewaltiges Verlangen, zwei Anlegeplätze seien genügend. Er warne, auf den Antrag des Herrn H. H. Meier einzugehen. Der Anschlag der von der Deputation vorgeschlagenen Arbeit sei zwar nur 10—12,000  $\mathcal{R}$ , allein es koste gewiß 25,000  $\mathcal{R}$ . Nun sei unterhalb des Eisberges ein Raum von 150 Fuß Länge, dessen Ausfüllung nicht schade. Nehme man vielleicht noch 50 Fuß oberhalb des Eisberges, so hätte man einen zweiten Anlegeplatz. Die Ausfüllung brauche nicht durch eine Mauer eingefast zu werden, denn der jetzige Eisberg bestehe nur mit einem Weidenbusch, der Anschuß brauchte also auch nur eine Dossirung von Weidenwerk. Der Haupteingang an der Pforte würde bleiben, es würde nur noch ein Schoppen zu bauen sein. Diese ganze Verbesserung würde, soviel er von einem Techniker höre, höchstens 3 bis 4000  $\mathcal{R}$  kosten. Er unterstütze den Antrag des Herrn Klugkist.

Herr Ordemann: Er sei sehr dafür, daß für die Oberweser-Dampfschiffahrt alle möglichen Erleichterungen geschaffen werden. Allein nach dem Antrag des Herrn Klugkist könne die Bürgerschaft sehr gut verfahren. Herr H. H. Meier wünsche erst die Kosten für den Damm bewilligt zu haben und später das in der Vorstellung enthaltene Project erwogen zu sehen. Allein jenes präjudizire diesem. Die Anwohner der Tiefen seien eben durch den Bericht veranlaßt worden, ihren Antrag zu stellen, weil sie damit den Damm überflüssig zu machen glauben. Bewilligte die Bürgerschaft den Damm, so könnte man vom Tiefenproject absehen. Es sei also gefügt, die Sache noch einmal zu besehen, um vielleicht eine bedeutende Summe Geldes zu ersparen.

Herr Dr. Delrichs: Ihm scheine nach der jetzigen Lage der Sache, daß es von der Bürgerschaft nicht recht wäre, wenn sie das von der Deputation vorgelegte Project ohne

Weiteres annehme. Unlängbar bestehe ein Connex zwischen beiden Gegenständen und deshalb scheine es geeignet zu prüfen, ob nicht in einer andern bessern Weise das Nothwendige geschaffen werden könne. Für den Fall, daß das Deputationsproject heute angenommen würde, stelle er das Amendement:

daß der Deputation empfohlen werde, möglichst auf Erhaltung unserer Wallanlagen Rücksicht zu nehmen.

Herr Wischmann: Er wolle zu Dem, was bereits bemerkt, nur noch Einiges hervorheben. Die Dampfschiffe auf der Unterweser haben wenig Raum und kommen doch täglich mehremal die Weser auf- und abwärts; die oberländischen Dampfschiffe fahren viel seltener, haben nicht den vierten Theil der Fahrten der anderen Gesellschaften. So wie das Project hier vorliege, sei er dagegen, und aus Gründen, welche in früheren technischen Berichten hervorgehoben worden. Es wurde in diesem Bericht auseinander gesetzt, daß namentlich oberhalb der Weserbrücke die Weser durchaus dürfe mit nichts beengt werden. Einem gewissen Stellmann, welcher auf eigenen Grund und Boden bauen wollte, wurde dies deshalb abgeschlagen. Ein Jeder werde wissen, wenn ein schwerer Eisgang sei, daß oberhalb des Dobbens das Eis, wenn es durch höheres Wasser gehoben würde, sich ausdehnen könne, weil dieser tiefe Einschnitt an der Wallmauer sei. Schiebe es sich untereinander weg, dann habe man den glücklichsten Eisgang. Vor einigen Jahren schob sich das Eis auf den Stavenndamm herauf, es liefen mehrere Häuser Gefahr, Pfeiler stieß es ein. Wenn die Weser so eingedämmt werde, so sei er darüber nicht klar, daß Bremen nicht dadurch Schaden haben könne. Da liege nun zweitens diese Petition vor. Ließe sich beides hier verbinden, so wäre es rathlich und zweckmäßig von der Bürgerschaft gehandelt, daß sie das zurückwiese. Für das Hochwasser müsse absolut etwas geschehen. Sollte einmal ein Brand dort entstehen, wer wollte löschen? Denn wenn Einer bis an die Brust im Wasser stehen müsse, werde keine Hilfe zu leisten sein. Er entsinne sich, daß Herr Senator Mohr als Polizeidirector die Anwohner aufforderte, was sie zu thun gedächten, wenn Feuer ausbreche: da habe ihm selbst Einer gesagt: dann müßten wir auf der andern Seite den Deich durchstechen. Er selbst sei Zeuge gewesen, daß mal Feuer ausgebrochen sei. Es wurde glücklich gelöscht. Da könne sich aber ein mächtiges Feuer entwickeln. Nun werde hier Gelegenheit geboten dem vorzubeugen durch eine Erhöhung vom Altenwall bis an die Klosterstraße. Möglicher Weise könnte dadurch die ganze Stadt geschützt werden. Denn es bliebe dann noch eine kleine Strecke zu machen, welche sich leicht herstellen lasse. Aus diesen Gründen sei er für den Antrag des Herrn Klugkist, damit kein Flichtwerk gemacht werde, wie das so oft in Bremen schon vorgekommen sei, daß eine Sache zwei, dreimal gemacht werden mußte, und so große Geldposten verloren gingen.

Herr J. F. Philippi: Er sei von der Nothwendigkeit überzeugt, daß besser wie bisher für den Anlegeplatz an der Oberweser gesorgt werden müsse. Indes habe er sich nicht für den Plan der Deputation entscheiden können, weil er zu viel koste. Er habe geglaubt und gehofft, man würde den Hauptzweck mit weniger Geld erreichen können. Wenn

von dem Anlegeplatz für die Oberweser Dampfschiffe die Rede sei, so müsse man nicht glauben, wie ein Redner sich äußerte, als ob vier verschiedene Anlegeplätze für vier verschiedene Gesellschaften geschaffen werden sollten. Das habe der Deputation nicht in den Sinn kommen können. Man müsse dieses nicht verwechseln mit denen an der Unterweser. Hier sei Güter und Personentransport. Wenn nun außer dem jetzt bestehenden noch ein zweckmäßiger Platz hergerichtet werden könnte, dann glaube er, würde dem Bedürfnis Genüge geschehen. Herr Müller habe schon angedeutet wie dies für wenig Geld zu erreichen sei. Jetzt sei die Ansicht ausgesprochen, daß durch die Ausführung des andern Projectes das erste unnöthig werden könnte. Das wäre wohl möglich, wenn das Bedürfnis nicht so groß wäre. Bei dem andern sei aber so viel zu berücksichtigen, zu untersuchen, zu berichten, das man heute übers Jahr noch nicht im Stande sein würde darüber zu beschließen. Davon sei er überzeugt, so wie er die Ueberzeugung habe, daß man im Frühjahr mit Anfang der Schifffahrt sagen müsse: da ist ein Platz wo noch Schiffe anlegen können. Dann habe Bremen seine Pflicht gethan und dem Schifffahrtsbedürfnisse Genüge geleistet. Wenn übrigens dem von der Deputation vorgelegten Plan der Grund entgegengesetzt werden könnte, daß dadurch, statt daß er günstig auf den Abfluß des Hochwassers wirke, das Gegentheil eintreten würde, dann könne man auf das Gutachten des Technikers Nichts geben, denn der sage gerade das Gegentheil. Er seinerseits sei nicht im Stande es zu behaupten, allein wenn man einen Mann habe, der sich speciell mit der Sache beschäftige und dessen Pflicht es sei, seine Ueberzeugung über Das, was gut, auszusprechen und dieser mit dürren Worten erkläre: dies werde zur Verbesserung des Abflusses beitragen, so müsse, glaube er, die Bürgerschaft sich darauf verlassen.

Herr Dr. Alexander Schumacher unterstützte den Antrag des Herrn Klugkist. Er möchte aber mit wenig Worten noch darauf hinweisen, daß es sich bei diesem neuen Project um eine Anlage handle, welche mindestens zum Theil im Interesse und zum Nutzen eines speciellen Theils unserer Bevölkerung geschehen solle und daß es aus diesem Grunde zweckmäßig erscheine, nicht von vornherein die ganze Anlage als eine Staatslast zu betrachten, sondern, zum mindesten in so weit als eben diese Anlage zum Nutzen und Interesse dieser speciellen Bewohner geschehe, in Erwägung zu nehmen, in wie weit eine Beitragspflicht der Bewohner zu den Kosten möglich sei. Wollte man eine solche Pflicht festhalten, so empfehle es sich schon jetzt darauf Bedacht zu nehmen. Wenn späterhin in der Bürgerschaft die Ausführung dieses Planes vorgelegt würde und in keiner Weise diese Pflicht nähere Berücksichtigung gefunden hätte, so werde es sich schwerlich dann vermitteln lassen, daß die Betheiligten zu den Kosten herangezogen werden. Die Verpflichtung an sich dürfte gefehlich allerdings zweifelhaft zu normiren sein, indes liege sie in der Billigkeit und Angemessenheit, auch empfehle es sich der Consequenz wegen darauf Bedacht zu nehmen, daß diese Anlage nicht allein auf Kosten des Staats hergestellt werde, sonst werden die Bewohner der westlichen Vorstadt mit gleichen Ansprüchen kommen, deren Abweisung dann bedenklich wäre. Deshalb stelle er folgendes Amendement zu dem Antrag des Herrn Klugkist, an dessen Schluß es sich anreihen könnte:

Die Bürgerschaft wünscht zugleich, daß die Deputation für den Fall der Ausführung der letzteren Anlage in Erwägung ziehe, in wie weit es angemessen sei, daß die Eigenthümer derjenigen Grundstücke, welche durch die neue Anlage Schutz gegen das Hochwasser erlangen, zu den Kosten derselben beitragen und auf welche Weise die Entrichtung dieser Beiträge erhalten werden könnte.

Herr Herm. Bayer: Obgleich er im Ganzen gegen das Project der Anlegung eines Dammes sei, schließe er sich dem Antrag des Herrn Klugkist an. Sein Grund dafür sei folgendes. In den Motiven zum Bericht sei gesagt: Der Damm würde die Correction der Weser befördern. Er seinerseits sei aber fest überzeugt, daß er gerade das Gegentheil von Dem, was der Techniker sage, hervorbringen werde. Es sei ihm gesagt: daß der Damm ca. 10 Fuß tiefer als die äußere Spitze des Eisbergs in die Weser werde hineingelegt werden. Freilich heiße es nun, daß das Wasser in der Stadt um so viel vermindert werde, indem es sich aufstauet. Dann werde es aber nach der Neustadtseite so vielmehr getrieben werden. So wie er das erlebt habe vor 15 Jahren, da hatte sich das Eis gestorft, während in der Altstadt 9 Fuß waren, waren in der Neustadt 14 bis 15 Fuß. Nun drängte sich das ganze Eis dahinüber, später als sich das Eis bei den Stellmannschen Häusern gestopft hatte, war der Wasserstand anderthalb Fuß höher. Wenn man das Wasser in der Altstadt beenge, so müsse man auch am Buntenthorssteinweg so viel mehr hineingebauen. Dann parallelisire man es. Es sei gewiß nicht zu wünschen, daß die Neustadt den Drang des Wassers der Altstadt bekomme. Man möge den Zustand der Brücke bedenken, sie wäre nicht stehen geblieben, wenn beim letzten Hochwasser Eis gewesen, und hier 10 Fuß weiter hineingebaut worden wäre.

Die Discussion wurde nunmehr geschlossen, der Antrag des Herrn Klugkist mit dem Amendement des Herrn Dr. Schumacher angenommen; damit war der Deputationsantrag vorläufig erledigt.

#### Nr. 2 der Tagesordnung:

#### Mittheilung des Senats vom 29. December 1854.

##### a. Jahresbericht der Schuldeputation.

Herr H. G. Meier stellte folgenden Antrag:

Da der Senat nunmehr erklärt, daß seine Mittheilung vom 20. Octbr. und der Bericht der Schuldeputation vom 17. Febr. sich nicht auf die Anzutraglichkeit des zu frühen Verlassens der Handlungsschule beziehen, sondern im Allgemeinen eine bessere, dem Kaufmannsstande entsprechende Vorbildung erzielen sollten, so kann es der Bürgerschaft nur genehm sein, wenn der Senat die Sache im Auge behält und wird sie dahin zielende Anträge einer gewissenhaften Prüfung unterziehen, obgleich sie bezweifelt, daß dem beregten Uebel im Wege der Gesetzgebung abgeholfen werden könne.

Zur Begründung erwähne er, daß so wie er die Mittheilung vom 20. Octbr. v. J. verstanden habe, eine Maßregel empfohlen wurde zur Hebung der Handelsschule. Jetzt sage der Senat, er habe ein allgemeines Ziel damit erstrebt, vielleicht habe er das frühere mißverstanden und in sofern möchte es gefügt erscheinen, sich so, wie er beantragt habe, zu erklären.

Herr Richter Klugkist beantragte:

daß die Bürgerschaft hinsichtlich dieses Gegenstandes nichts erwiedere und zur Tagesordnung übergehe.

Er glaube nicht, daß es wünschenswerth sei, diesen Gegenstand noch weiter zu erörtern: Haben Mißverständnisse stattgefunden, so sei das am Ende nur auf Seiten Einzelner gewesen, deshalb könne die Sache sehr wohl auf sich beruhen bleiben und damit Weitläufigkeiten und Unannehmlichkeiten vermieden werden.

Herr Richter Dr. F. A. Meyer unterstützte diesen Antrag: die Mittheilung des Senats bedürfe gar keiner Erwiderung und die Bürgerschaft könne ruhig abwarten, bis der Senat in dem von ihm bezeichneten Fall wiederkomme.

Herr H. H. Meier: Er glaube nicht, daß irgend weitläufige Erwiderungen auf diesen seinen Antrag gemacht werden können, außer wenn der Senat mit neuen Anträgen komme. Nach der Antwort der Bürgerschaft habe der Senat offenbar die Sache anders aufgefaßt, als sie bis dahin überhaupt aufgefaßt worden sei und wenn diese Auffassung von Anfang an geltend gemacht worden wäre, so hätte die Bürgerschaft nicht so geantwortet, wie es geschehen sei. Dies sei mit einem Wort in seinem Antrag angedeutet. Ihn dünke, die Bürgerschaft sei es sich selbst schuldig, eine solche Antwort zu ertheilen.

Herr E. Klugkist: Der Senat habe in der Sache nachgeben müssen trotz seiner dringlichen Vorstellung an die Bürgerschaft, diese habe Recht behalten, wie man sich ausdrücken pflege, trotz ihrer in der Wortfassung nicht überlegten Antwort. Unter solchen Umständen erscheine es passender, wenn die Bürgerschaft dem Senat das letzte Wort lasse. Eine Entgegnung auf diese Mittheilung sei auch wohl nicht erwartet. Er unterstütze den Antrag des Herrn Richter Klugkist.

Der Antrag des Herrn Richter Klugkist wurde angenommen; der Antrag des Herrn H. H. Meier war damit erledigt.

Nr. 3 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 5. Januar 1855.

Auf Antrag des Herrn Richter Dr. F. A. Meyer wurde dieser Gegenstand für heute ausgesetzt.

Nr. 4 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 8. Januar 1855.

Bericht der Eisenbahndeputation, die Verbindung des Bahnhofs mit der Weser betreffend.

Herr W. Haas beantragte:

Aussetzung dieses Gegenstandes für heute.

Herr Präsident: Er halte sich verpflichtet der Bürgerschaft mitzutheilen, daß ihm vom Herrn Präsidenten des Senats ein Privatschreiben zugegangen sei, wornach dieser Gegenstand sehr dringlich erscheine und die Erledigung desselben sehr gewünscht werde, namentlich im Hinblick darauf, daß die Bürgerschaft die Expropriation der Immobilien beschliesse, damit nicht in der Zwischenzeit von den Eigenthümern Schritte gethan werden, um die Expropriation zu erschweren.

Herr Richter Klugkist hielt die Aussetzung auch nach dieser letzten Mittheilung für vollkommen gerechtfertigt: Die Pläne liegen heute zuerst zur Einsicht vor. Aus dem Bericht gehe hervor, daß in sehr wesentlicher Weise auf das Kleinod unserer Stadt, auf die Ballanlagen gewirkt werden solle und möchte er deshalb wohl fragen, ob die Deputation für die Spaziergänge bei dieser Sache zu Rathe gezogen sei.

Herr Haas bemerkte, daß jetzt bei Hochwasser doch keine Arbeiten vorgenommen werden könnten.

Herr H. H. Schröder hielt die Aussetzung ebenfalls für gefügt. Soviel ihm als Mitglied der Deputation bekannt, habe die Sache keine so große Eile, nur müßte wohl, wenn es zu einem Beschluß käme, dem Senat alsbald Nachricht davon gegeben werden. Aus dem Bericht ersehe er auch, daß das Material zu der Zuschüttung sämmtlich vom Wall genommen werden solle. Unsere Stadt entbehre aber so sehr der landschaftlichen Schönheit in ihrer Umgebung, daß es sehr wünschenswerth erscheine, den Wall nach allen Seiten hin ungeschmälert zu erhalten. Er möchte deshalb das Amendement zu dem Antrag des Herrn Haas stellen:

daß die Walldeputation aufgefordert werde, ihr Gutachten zu dem Plane abzugeben.

Herr Bösing wünschte, daß die Bürgerschaft bei aller Rücksicht für den Wall, Bremens Schatz, nicht auf Amendements eingehen möge, welche dem gemeinnützigen Unternehmen hinderlich sein könnten. Bei der Wichtigkeit der Sache sei auch er für die Aussetzung. Im Bericht sei der Bahn nach Bremerhaven gedacht, aus den öffentlichen Blättern sei ferner zu ersehen, daß die Vorarbeiten dafür im Gange. Der Bau dieser Bahn würde die Nothwendigkeit der hier projectirten Anlage noch mehr herausstellen. Deshalb wäre es wünschenswerth, wenn in dieser Beziehung von Deputationsmitgliedern einige Auskunft ertheilt würde.

Herr Diedr. Müller war gegen eine Abänderung des Plans, weil dadurch die Ausführung des nützlichen Unternehmens wahrscheinlich verzögert werden würde. Der Hügel biete allerdings eine angenehme Aussicht, werde aber nicht viel benutzt. Die Interessen, um welche es sich bei dieser Anlage handle, seien weit größer als das Opfer, welches man mit Abtragung dieses Hügels bringen würde.

Herr Joh. Höpken glaubte, daß sich durch eine kleine Abänderung des Plans das Nützliche sehr wohl mit dem Schönen vereinigen lasse. Er hätte gern gesehen, daß die Deputation sich in Einvernehmen mit der Walldeputation

gefest hätte, hoffentlich thue sie es noch. Sollte aber der Bericht beschloffen werden, so beantrage er:

daß die Deputation sich mit der Walldeputation etwas über die Richtung der Bahn verständige.

Herr Dr. C. Heineken: Ein Gutachten der Walldeputation schein ihm unnütz. Wenn der Wall ruiniert werden soll, so sehe er nicht ein, weshalb die Walldeputation erst noch gefragt werden solle, ob das hübsch sei oder nicht.

Herr H. H. Schröder: Es sei gewiß allseitig der Wunsch die Wallanlagen ungeschmälert zu erhalten und wenn die Bürgerschaft die Deputation beauftragte, mit einem anderen Plan hervorzutreten, so füge sich das besser und die Abänderung würde leicht zu bewerkstelligen sein.

Herr H. H. Meier hob hervor, daß durch den früheren Beschluß der ganze Plan, also auch die Stelle, wo die Bahn münden solle, bereits festgestellt sei.

Herr Richter Dr. Meyer war gegen die Aussetzung, indem er gleichfalls darauf Bezug nahm, daß der Gegenstand bekannt und vielseitig erörtert sei.

Herr Richter Klugliff stellte folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft setze diesen Gegenstand für heute aus, und wünscht, daß inzwischen die berichtende Deputation sich mit der Deputation für die öffentlichen Spaziergänge in Vernehmen setze und darüber berathe und berichte, ob das vorliegende Project nicht eben so füglich ohne bedeutende Beeinträchtigung unserer Wallanlagen zur Ausführung zu bringen sei.

Herr Bösing beantragte,

Die Expropriation der Grundstücke heute auszusprechen.

Herr Drdeman bevortwortet diesen Antrag; daß die Anlage auf dem Areal der zu expropriirenden Grundstücke gemacht werden müsse, sei bereits durch frühere Beschlüsse festgestellt. Die Bewilligung der großen Geldmittel bedürfte aber eine weitere Prüfung, 1851 seien zur Expropriation 72,000 *R* bewilligt, aber 92,800 *R* zu diesem Zwecke verausgabt worden. Eine ernstliche Erwägung sei jetzt um so mehr zu empfehlen, da auch das erste Project von 1850 verändert werden mußte, was wol vermieden worden wäre, wenn man damals nicht die Entscheidung zu schnell herbeigeführt hätte.

Der Antrag des Herrn Haas wurde angenommen.

Nr. 5 der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 12. Januar.

Herr Engelbert Klugliff beantragte:

Aussetzung dieses Gegenstandes für heute.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Nr. 6 der Tagesordnung:

### Ergänzung.

a. Deputation für die Häfen und Hafenanstalten.

Gewählt wurden:

Von der	1.	Classe	Herr	Richter	Dr. Smidt.
"	"	"	"	"	Dr. Johs. Heineken.
"	"	2.	"	"	J. G. Höpfen.
"	"	"	"	"	H. F. Weinbagen.
"	"	"	"	"	Alex. Frise.
"	"	3.	"	"	C. H. C. Wischmann.
"	"	4.	"	"	J. C. Vietor.
"	"	"	"	"	H. F. Ulrichs.
"	"	5. u. 6.	"	"	H. Garrels jun.
"	"	7. u. 8.	"	"	Martin Lange.

b. der Deputation wegen des Buchhauses und der Gefängnisse.

Gewählt wurden:

Von der	1.	Classe	Herr	Gottfried	Bagelmann.
"	"	3.	"	"	F. C. Dubbers.
"	"	4.	"	"	Heinr. Vulthaupt.

c. der Deputation wegen der Accise und Consumtion.

Gewählt wurden:

Von der	1.	Classe	Herr	Carl	Tewes.
"	"	2.	"	"	Syndicus Dr. von Lengerke.

d. der Finanzdeputation.

Gewählt wurde:

Von der	2.	Classe	Herr	H. H.	Schröder.
---------	----	--------	------	-------	-----------

e. der Deputation zur Verwaltung des Tilgungsfonds.

Gewählt wurden:

Von der	2.	Classe	Herr	J. F.	Philippi.
"	"	3.	"	"	J. G. Schmidt.
"	"	4.	"	"	A. H. Haar.
"	"	5—8.	"	"	Richter Dr. Focke.

f. der Deputation wegen der Convoje und Schlachte.

Gewählt wurden:

Von der	2.	Classe	Herr	Carl	Tewes.
"	"	"	"	"	J. C. Vietor.
"	"	3.	"	"	J. P. Hagens.
"	"	4.	"	"	Diedr. Müller.

g. der Deputation wegen Revision der Criminalgerichtsordnung und Entwerfung eines Criminalgesetzbuchs.

Gewählt wurden:

Von der	2.	Classe	Herr	Richter	Dr. Smidt
"	"	"	"	"	Richter Dr. F. A. Meyer.
"	"	5—8.	"	"	Dr. H. Adami.

